

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 8

Artikel: Polen 1991
Autor: Keller, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093278>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Polen 1991

Unser Mitarbeiter Dr. Max Keller, seinerzeit Schweizer Militärattaché in Warschau und seither immer wieder besuchsweise in Polen, dessen Sprache er spricht, hat dort soeben auf Einladung eines Ministeriums einige Vorträge gehalten und berichtet hier über seine allgemeinen Eindrücke.

Im März 1991 war ich in Polen, zum ersten Mal seit dem Umschwung von 1989–1990. Die augenfälligste Veränderung: die Preisanzeigen. Kein Wunder, haben doch 1000 Zloty noch einen Wert von 10 US-Cents oder 15 Rappen. Zum Glück für die Polen ist ihre Kaufkraft für inländische Güter erheblich grösser. So kostet eine polnische Zeitung 700, die «NZZ» dagegen 15 000 Zloty.

Lauter Millionäre

Die Monatsverdienste liegen für Arbeiter und Angestellte bei 1–2 Millionen, für Minister bei rund 4 Millionen. Miete für eine Einzimmerwohnung (29 m²) 104 000 Zloty. Als Zahlungsmittel dienen Banknoten von 100 Zloty bis 200 000 Zloty; eine Note von 500 000 Zloty sei in Vorbereitung. Gedenkmünzen haben Nominale von 20 000 bis 100 000 Zloty und werden zu einem Mehrfachen davon gehandelt.

Die Menschen freuen sich, dass es praktisch alles zu kaufen gibt, ohne Schlangen und ohne «Trinkgelder» oder andere «Gegenleistungen»; sie beklagen die hohen Preise, denen sie mit ihren Einkommen nicht zu folgen vermögen. Aber immerhin: Man kann das wenige, das man hat, auf das konzentrieren, was einem wichtig ist, und man muss sich nicht mit dem begnügen, was es gerade gibt. Ein Vorzug der Marktwirtschaft, dessen man sich im Westen kaum bewusst ist. Die Ladengeschäfte tragen noch stark an der Last der Vergangenheit; sie sind vielfach noch dunkel, die Verkäuferinnen noch nonchalantes «Abfertigungspersonal».

Russenmarkt

Überall sind Strassenhändler. Hauptsächlich bieten sie Südfrüchte, Bücher und Tonbandkassetten an, seltener Textilien oder Schuhe.

Auf dem weiten Platz vor dem immer noch Kulturpalast genannten Stalin-Wolkenkratzer – der zum Kauf angeboten werde! – liegt der sogenannte Russenmarkt. Hunderte wenn nicht Tausende von Automobilen und zahlreiche Autobusse aus Litauen, Weissrussland und der Ukraine. Die Sowjets offerieren was sie noch haben: Stickereien, Unterwasserharpunen, Nusskerne, Kaviar, Spielsachen, Kissen und Decken, angeblich auch Uniformbestandteile und Waffen (für westliche Sammler). Vom Erlös kaufen sie Elektronik, die in der Sowjetunion sehr gesucht sei.

Viele Strassenbahnen und Autobusse tragen jetzt Reklame, oft sind die Fahrzeuge vollständig in einer Reklamefarbe bemalt.

Gelegentlich begegnet man Bettlern, vorwiegend Aids-Kranke oder ausländische Zigeunerinnen.

Rückkehrer oben müssen unten wieder Fuss fassen

Die Kreuzung von Nowy Swiat und Aleje Jerozolimskie heisst Rondo General de Gaulle. Das dort stehende riesige Bürogebäude (mindestens 10 000 m³), von dem aus das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiter-Partei das Land beherrschte, steht leer und wird zur Miete angeboten.

Im Erdgeschoss an der Nowy-Swiat-Seite hat sich bereits die Allgemeine Ersparnis-kasse eingerichtet. Der mächtige «Partei-Apparat» hat sich in Nichts aufgelöst. «Er ist verdunstet wie eine Kampferkugel, und überall hängt noch sein Geruch»; ein recht passendes Bild. Überall in den mittleren Rängen der Ministerien, Verwaltungen, Organisationen stecken noch die «ci-devants», die wegen ihrer Kenntnisse und Erfahrungen nicht so leicht ersetzt werden können.

Die Spitzen sind mit neuen, unbelasteten Leuten besetzt, die teilweise aus dem Ausland in ihre alte Heimat zurückgekehrt sind; aber gerade diese müssen sich mit den örtlichen Verhältnissen wieder vertraut machen, bevor sie voll wirksam werden können. Ein Beispiel: Der neue polnische Botschafter für die Schweiz, zuvor zwanzig Jahre lang bei Radio Free Europe in München, musste erst

seine Heimat wieder «von innen» kennenlernen, bevor er sein Land im Ausland vertreten konnte.

Was machen mit dieser Armee?

Besonders schwierig und heikel ist die Lage im Verteidigungsministerium und in der Armee, wo 97 % der Offiziere Parteimitglieder waren. Auch wenn es darunter viele «Ungläubige» und Opportunisten gehabt haben mag, so sind doch alle nach Sowjetmuster ausgebildet und erzogen worden. Jahrzehntelange Indoktrination verschwindet nicht von einem Tag auf den andern. Bis neue Kader nachgewachsen sind, vergehen Jahre, wenn nicht Jahrzehnte. Und ob diejenigen Offiziere, die nur zum Schein bei der Partei mitgemacht haben, die für die Umgestaltung der sog. «Volksarmee» in eine Armee des polnischen Volkes erforderlichen Charaktereigenschaften haben, ist eine andere Frage.

Die «Rückgabe der polnischen Armee an das polnische Volk und den polnischen Staat» ist das erklärte Ziel einer Offiziersvereinigung «Viritim», d. h. Mann für Mann. Nicht zufällig haben sich diese Offiziere einen lateinischen Namen gegeben; sie wollten dokumentieren, dass sie zum europäischen Kulturkreis gehören und dessen Traditionen wieder aufnehmen und fortführen wollen. Weil in der Armee die Last der Vergangenheit noch stark nachwirkt, spreizen sich die jungen Polen gegen den Militärdienst. Im Norden des Landes sollen sich dreiviertel der Stellungspflichtigen der Einberufung entzogen haben.

«Viritim»

«Viritim = Mann für Mann»
(lat. Wörterbuch)

Ende 1990 haben sich in Warschau einige nicht durch kommunistische Vergangenheit belastete Offiziere der polnischen Armee zur Vereinigung «Viritim» zusammengeschlossen mit dem Ziel, «dem polnischen Staat und dem polnischen Volk die Armee zurückzugeben», die bisher eben in anderen Händen war. Zuvor hatten sie Lech Walesa (damals noch Präsidentschaftskandidat) ihr Anliegen unterbreitet: Die in Gang gesetzte Restrukturierung der polnischen Armee gefährde die Sicherheit des Staates; die personellen Veränderungen in der obersten Führung seien ungenügend und deren Arbeitsmethoden seien veraltet. Walesa hat mit einer Absichtserklärung geantwortet: Er will eine wirkungsvolle Armee, die glaubwürdig ist; der Umbau der Armee dürfe die Verteidigungsbereitschaft nicht vermindern. ■

Immerhin bekennt sich das neue Polen zu den Prinzipien des Rechtsstaates. Das gilt auch gegenüber den Angehörigen der ehemaligen Nomenklatura, denen dadurch ihre unverhältnismässigen Privilegien erhalten bleiben, eine «Ungerechtigkeit», die für die vielen Millionen, die jetzt äusserst knapp durchmüssen, schwer zu verstehen ist.

Neue Gesetze gibt es dadurch, dass man die alten ernst nimmt

Im Rechtsbereich ist übrigens ein eigenartiges, fast erheiterndes Phänomen zu beobachten. Wie erinnerlich, waren die Staaten des realen Sozialismus nach dem Wortlaut ihrer Verfassungen und Gesetze geradezu ideale Demokratien. Aber diesem Schein entsprach das Sein keineswegs; vielmehr wurden die Erlasse durch «parteiliche» und «dialektische» Interpretation den Bedürfnissen der Einparteien-Diktatur angepasst. Um die friedliche Revolution von 1989–1990 zu verwirklichen, bedurfte es kaum neuer Gesetze; es genügte, die bisherigen «normal» anzuwenden.

Die Polen sind etwas beunruhigt und enttäuscht darüber, dass sie «im Westen» – aber als in jeder Beziehung massgebend gilt – nicht mehr die gleiche Aufmerksamkeit finden wie zur Zeit, als die Solidarnosc entstand. Sie finden es unangebracht, dass Gorbatschow und die Perestroika in der Sowjetunion mit Interesse beobachtet werden, obschon sie sowohl im Grundsätzlichen wie im Tatsächlichen weniger weit gehen als der Umbau und die Reintegration Polens in Europa.

Gorbi und Marilyn

Die «Volksseele» äussert sich mit Maueranschriften und -klebern in den Unterführungen; dabei häufig gutgelungene Schablonen-Karikaturen von Lenin, Gorbatschow, Urban, Elvis Presley und Marilyn Monroe. Inschriften: «Gorbi, gib Nobelpreis und Litauen zurück», «Russkie czolgi do Wolgi» (russische Panzer zur Wolga). Auch die Internationale der Pazifisten ist gelegentlich erkennbar mit einem Aufruf für einen «Ostermarsch», bei dem gefordert werden soll, den obligatorischen Militärdienst zu kürzen (gegenwärtig 2 Jahre) und die Vorschriften über die Dienstverweigerung zu «ändern».

Gesamteindruck: Die Polen wirken nicht mehr so grau und bedrückt wie früher; sie sehen das Ende des Tunnels, nur möchten sie es schneller erreichen als mit dem gegenwärtigen Tempo.

ZUSAMMENHÄNGE

Schutzzone für die irakischen Kurden

Die Kurden sind nach Arabern, Türken und Persern die viertgrösste Nation im Orient. Aber die schätzungsweise 26 Millionen Kurden haben keinen eigenen Staat. Wie den Palästinensern ist ihnen zwar am Ende einer Kolonial epoche ein eigener Staat versprochen, aber bisher verweigert werden. Heute leben die Kurden im Irak, in Iran, in Syrien, in der Sowjetunion und in der Türkei.

Die Kurden haben sich wahrscheinlich vor über 2500 Jahren aus Medern und Persern entwickelt, beides indogermanische Völker. Sie haben eine eigene Kultur und Sprache, aber nach Völkerrecht gibt es keine Kurden. Das heisst, es liegt keine international anerkannte Definition der Kurden als Volk vor. Auch «Kurdistan» ist kein exakter geographischer Begriff. Er umfasst die Hauptsiedlungsgebiete der sunnitischen Kurden.

Verfolgt wurden «die Waisenkinder der Erde», wie sich einst der 1979 gestorbene legendäre Kurden-Anführer und -Kämpfer Mustafa Barsani ausgedrückt hatte, schon immer. Am grausamsten ging aber bisher der irakische Diktator, Saddam Hussein, gegen die Kurden vor, und zwar mit Giftgas, mit Napalm, mit Phosphor, durch Massaker, durch Zwangsumsiedlungen. Seit dem Machtantritt seiner sozialistischen Baath-Partei, der arabischen Wiedergeburt 1968 dürften 250 000 der vier Millionen irakischen Kurden «liquidiert» worden sein.

Bis anhin schwieg die Welt zu dem Morden, sah hinweg. Sie täte es wahrscheinlich auch jetzt, wenn nicht der Golfkrieg zur Befreiung Kuwaits vor der irakischen Besetzung noch in frischer Erinnerung wäre, das Blutregime in Bagdad sich nicht weiterhin an der Macht hielte und mordete.

Die zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) haben – unter britischer Federführung – vorgeschlagen, dass eine «Enklave der Sicherheit im Norden des Irak» für die verfolgten Kurden errichtet werde. Mit Status und Organisation der Schutzzone soll sich die UNO befassen.

Ein bisschen dürfte die EG-Europäer ein schlechtes Gewissen bedrücken. Vor dem Krieg zur Vertreibung der Iraker aus Kuwait hatten sie sich nur zögernd – mit der Ausnahme von Grossbritannien – auf seiten der Anti-Saddam-Allianz engagiert. Sie hatten

sich dadurch selbst in die Ecke manövriert. Und im übrigen flog die Königliche Britische Luftwaffe (RAF), nachdem die britische Mandatsmacht 1932 dem Irak die Unabhängigkeit gewährt hatte, noch in den vierziger Jahren Angriffe gegen von Mustafa Barsani angeführte Widerstandskämpfer.

Die Errichtung einer Enklave ist ein heikles Unterfangen. Bei aller Empörung über das grausame Vorgehen der Republikanischen Gardien von Saddam Hussein gegen die Kurden fordert die Gemeinschaft nicht die Schaffung eines kurdischen Staates. Das wäre, Zynismus hin oder her, «Einnischung in die irakischen Angelegenheiten». Der von der UNO vorgegebene Kriegszweck war ja, wie erinnerlich, Kuwait zu befreien. Der Sturz von Saddam Hussein war kein offizielles Kriegsziel. Die Vereinigten Staaten mussten sich an das UNO-Mandat halten, schon um nicht die Anti-Irak-Allianz zu gefährden. Ihnen kann nur vorgeworfen werden, sie hätten die Irakis nicht zum Sturz von Saddam Hussein ermuntern sollen.

Die sogenannte internationale Staatengemeinschaft wird den rebellierenden Kurden – und den Schiiten im Südirak – höchstens humanitäre Hilfe gewähren. Jede andere Art der Unterstützung wäre für so manchen UNO-Mitgliedstaat prekär, das heisst, eine Parteinahme zugunsten von Rebellen schüfe einen gefährlichen Präzedenzfall. Und schon fordert auch Iran eine Schutzzone für die irakischen Schiiten. Davor dürfte aber nicht nur den Vereinigten Staaten, sondern auch den arabischen Staaten am Golf grauen. Teherans Motive sind nicht nur humanitär, sondern auch hintergründig.

Nach wie vor möchten die iranischen Gottesmänner mit dem von Ayatollah Khomeini entzündeten Feuer des (schiitischen) Fundamentalismus die gesamte arabisch-islamische Welt in Flammen aufgehen lassen. Davor hatte sich selbst der Westen gefürchtet und acht Jahre lang Saddam Hussein in seinem Krieg gegen Iran kräftig mit Waffen unterstützt.

Jacques Baumgartner

